

Ltd. KVD Allroggen gab ergänzend zur Vorlage weitere Informationen in Bezug auf die Verhandlungen mit den Städten Bad Honnef, Königswinter und Rheinbach, zum Stand der Konzeptentwicklung und zum Personal. Mit den Städten Bad Honnef und Königswinter habe er bereits seit Wochen Verhandlungen geführt, die letzte habe am 10.10.2007 stattgefunden. Man habe insbesondere die Frage der Personalquantitäten, Personalqualität und der Personalkosten erörtert. Es habe Konsens bestanden, die bisherige Personalqualität und -quantität weiter zu führen. Bei den übrigen Kosten habe es Meinungsverschiedenheiten gegeben, da der Kreis von der Kostenplanung nach KGSt ausgegangen sei. Man habe sich darauf verständigen können, dass die reinen Personalkosten am Ende jeden Jahres spitz abgerechnet würden. Bei den Sach- und Gemeinkosten habe die Stadt Königswinter argumentiert, diese enthielten Overheadkosten, z.B. Kosten des Rechtsamtes, die in Königswinter nicht anfielen und daher sei der Kreis teurer. Nach eingehender Erörterung habe der Bürgermeister von Königswinter festgestellt, die Differenz zur Kalkulation des Kreises betrage insgesamt auf beide Städte bezogen doch weniger als 10.000 €; er habe dies als Signal verstanden, dass Königswinter die Erziehungsberatung des Kreises wählen würde. Dennoch habe die Stadt Königswinter zwei Tage später mitgeteilt, sie werde eine eigene Erziehungsberatung aufbauen. Gründe für diese Entscheidung seien nicht genannt worden.

Aufgrund dieser veränderten Situation habe die Bürgermeisterin von Bad Honnef um ein neues, verändertes Angebot gebeten, mit einem Angebot der Beratung in Siegburg und zusätzlich bei Bedarf mit der Möglichkeit der Sprechstunden vor Ort in Bad Honnef. Der Kreis ermittle derzeit die Kosten für ein solches Angebot, die Verhandlungen seien noch offen und er könne das Ergebnis nicht einschätzen. In Bad Honnef hätten sich die politischen Gremien noch nicht mit dem Thema Erziehungsberatung befasst. Hier teile er die Sorgen der Amtsleiterin (siehe Top 2).

Mit Rheinbach habe er gestern das letzte Gespräch geführt. Der Beigeordnete habe deutlich betont, dass Rheinbach absolut einverstanden und zufrieden sei mit der vom Kreis erbrachten Arbeit vor Ort und dass Rheinbach ein deutliches Interesse habe, sich mit dem Kreis vertraglich über die Erbringung der Erziehungsberatung „Kreis für Rheinbach“ unter Beibehaltung der derzeitigen Personalquantitäten und Personalqualitäten zu binden. Allerdings sei noch keine Einigung über die Laufzeit und über eine Personalübernahme durch die Stadt Rheinbach erzielt worden, falls der Vertrag nach fünf Jahren nicht weiter geführt würde. Rheinbach argumentiere, man sei an einer dauerhaften Leistung des Kreises interessiert und daher sei eine Klausel zur Personalübernahme entbehrlich. **Ltd. KVD Allroggen** habe daher den Vorschlag gemacht, eine Vertragsdauer von 10 Jahren festzulegen ohne eine Option auf Personalübernahme; damit sei Rheinbach einverstanden. Dieser Vorschlag liege nun dem Landrat zur Entscheidung vor.

Ende des Jahres würden der Kreis und die Stadt Rheinbach gemeinsam im Jugendhilfzentrum und in der Erziehungsberatungsstelle vor Ort der Öffentlichkeit bekannt geben, dass der Kreis für die Stadt Rheinbach die Erziehungsberatung übernehmen werde.

Ltd. KVD Allroggen berichtete weiter, wie bereits in der letzten Sitzung gesagt, sei ein Vorschlag des Fachamtes zur zukünftigen Organisation der Erziehungsberatung und des Schulpsychologischen Dienstes verwaltungsintern auf den Weg gebracht. Es habe Rückfragen der Organisationsabteilung gegeben, die zwischenzeitlich beantwortet seien. Er habe nun um ein baldiges Gespräch gebeten, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereits mehr als einem Jahr in einer Phase der Organisationsüberprüfung lebten, wieder Sicherheit und Ruhe für ihren Arbeitsplatz bekämen.

Wenn man den Weggang der beiden Städte Bad Honnef und Königswinter unterstelle, könne zu Beginn des nächsten Jahres bis auf 2,5 Stunden der Bedarf mit dem vorhandenen Personal gedeckt werden. Dabei werde jedoch durch Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch bis Ende des Jahres eine deutliche Vakanz bei den Psychologen eintreten und bei dem übrigen Personal wie Heil- und Sozialpädagogen ein entsprechender Personalüberhang zu verzeichnen sein. Er werde dem Landrat einen Vorschlag zur Verwendung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen. Der Landrat habe die Organisationszuständigkeit und werde eine Entscheidung zur künftigen Struktur und Organisation des Amtes 57 gegen Ende des Jahres treffen, wenn klar sei, wie die gesetzlichen Neuregelungen der Gemeindeordnung, des KiBiz u.a. seien.

Abg. Donie dankte Herrn Allroggen für die Informationen und stellte fest, dass nun eine größere Planungssicherheit gegeben sei. Nach dem Jahresbericht 2006 und der umfangreichen Vorlage aus der letzten Sitzung habe der Ausschuss nun eine hohe Erwartung an die jetzige Vorlage gestellt, wie die Dienste des Amtes 57 künftig ausgestaltet sein würden. Allerdings sehe sie die vielen Unsicherheitsfaktoren in den noch nicht abgeschlossenen Planungen und Konzeptionen der neuen Stadtjugendämter, gerade auch im Bereich der Erziehungsberatung. Positiv bewerte sie die Aussage in der Vorlage, dass beim Schulpsychologischen Dienst ab 2008 eine Beteiligung des Landes von 1,5 bis 2 Stellen möglich sei. Der Schulpsychologische Dienst stelle mit seiner Arbeit kreisweit eine Stärke dar, und sie rechne hier auch für die Zukunft mit einer guten und starken Konzeption.

Die Erziehungsberatung habe, wie aus Gesprächen mit den Städten und Gemeinden bekannt, eine sehr gute Resonanz im ganzen Rhein-Sieg-Kreis, wobei ganz klar ein erhöhter Bedarf zum Beispiel durch die Zunahme von motorischen Störungen und die Aufgaben in der Ganztagsbetreuung festzustellen sei. Sie betone für die CDU-Kreistagsfraktion, dass es wichtig sei, beide Dienste, Erziehungsberatung und Schulpsychologischer Dienst, beizubehalten mit der Qualität und Quantität, die man bis heute durch geschaffene Standards erreicht habe, und dass ein bedarfsgerechter Einsatz des Personals gewährleistet sein müsse. Qualität bedeute insbesondere kurze Wartezeiten, frühe Fachgespräche, kurze Wege für den Bürger.

Abg. Donie stellte heraus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erziehungsberatung und des Schulpsychologischen Dienstes bisher sehr eng mit den Jugendhilfezentren vor Ort und den Städten, mit denen eine entsprechende Vereinbarung geschlossen worden sei, zusammen gearbeitet hätten. Dies müsse künftig beibehalten werden, ganz wichtig sei, dass die bisher aufgebaute Vernetzung zwischen den beiden Diensten Erziehungsberatung und Schulpsychologischer Dienst in der Findung einer neuen Struktur oder Organisation beibehalten werde und wieder eine homogene Organisationseinheit geschaffen werde. Wichtig sei, die Niedrigschwelligkeit der Angebote für den Bürger und die Engmaschigkeit mit Sicht auf Prävention hochhalten zu können.

Zusammenfassend möchte sie noch einmal betonen, dass beide Dienste für die CDU einen hohen Stellenwert haben und der Ausschuss möge dies durch einen gemeinsamen Beschluss und für die Personalentscheidungen mit Sicht auf die anstehenden Haushaltsberatungen in einem Appell für eine zeitlich nahe Umsetzung an die zuständigen Organisationsstellen im Hause oder an den Landrat zum Ausdruck bringen.

Abg. Deussen-Dopstadt stellte fest, dass ihre Vorrednerin vieles von dem, was sie selbst hatte sagen wollen, ausgeführt habe. Ihre erste Reaktion auf die Vorlage sei Enttäuschung gewesen. Sie habe gehofft, heute tatsächlich über die fachliche Organisation und Ausgestaltung eine Entscheidung zu treffen und den seit 1 ½ Jahren bestehenden Schwebezustand für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für das Angebot selber und für die Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu beenden. Sie fordere den Ausschuss auf, sich dafür zu positionieren, dieses Thema in jeder Fachausschusssitzung zur Wiedervorlage zu haben. Sie wisse sehr wohl, wie auch Herr Allroggen betont habe, dass die Schaffung einer neuen Struktur für das Amt 57 in die Organisationshoheit des Landrates falle, aber sie denke, der Jugendhilfeausschuss könne den Bereich der Erziehungsberatung, für den er zuständig sei, mit politischen Beschlüssen versehen. Der Ausschuss könne sich sehr wohl positionieren, wie es schon Frau Donie für die CDU getan habe und zum Ausdruck bringen, dass er keinen Abbau wünsche und wie auch die Schulministerin eine kurzfristige Wiederbesetzung der Leiterstelle wünsche, damit der Kreis die beiden Stellen des Landes für den Schulpsychologischen Dienst in Anspruch nehmen könne. Beide Dienste würden eine gut funktionierende, weit akzeptierte und wertgeschätzte Arbeit leisten, sie seien der Baustein, der in allen Köpfen sei, wenn es um die Anwendung der PISAstudie gehe, wenn es um Prävention gehe, wenn es um Erziehungsberatung nicht nur als zielgenaue Beratung in einem Einzelfall gehe, sondern eben auch auf anderen Ebenen, also Schulpsychologen, die z. B. in Schulen nachgefragt würden, wo es um Krisenintervention gehe, um Lehrerfortbildung oder Supervision. Sie denke an die Aufgabe, wenn es um den Einsatz in den Familienzentren gehe, der gerade sehr früh und präventiv einsetzen sollte und sie denke, man würde einer politischen Forderung gerecht, nicht erst dann zu reparieren, wenn irgendwo bereits ein Kind in den Brunnen gefallen wäre, sondern frühzeitiger anzusetzen. Für alles brauche man das Angebot, und zwar vernetzt und nicht zersplittert in einen schulischen und einen Jugendhilfebereich. Sie glaube, die Qualität liege gerade in dieser Multiprofessionalität des Teams und der Bürger könne eben

sehr schnell und zielgenau zu verschiedenen Menschen mit verschiedenen Qualifikationen und beruflichen Erfahrungen kommen. Von daher möchte sie den Ausschuss auffordern, sich klar zu diesem Angebot in der vorhandenen Qualität und quantitativen Ausrichtung zu bekennen, dieses fortzuführen und für eine zeitnahe Besetzung der Leiterstelle zu appellieren.

Abg. Deussen-Dopstadt stellte weiter die Frage nach der organisatorischen Ausrichtung. Sie würde sich wünschen, dass der Ausschuss offen über verschiedene Möglichkeiten diskutiere. Im letzten Sozialausschuss habe es eine Auseinandersetzung gegeben um eine Gesellschaft für Kindesgesundheit, also um eine Fortsetzung der GUT DRAUF- und der TUT MIR GUT - Projekte. Wenn man Erziehungsberatung als ein niedrigschwelliges präventives Angebot verstehe, dann würde sie im weitesten Sinn auch in die Zuständigkeit von Kindergesundheit fallen und man könne an dieser Stelle über andere Organisationsformen nachdenken.

Ltd. KVD Allroggen wies nochmals auf die Organisationshoheit des Landrates hin.

Mitgl. Hassel bat die Verwaltung um eine Vorlage, welche Dienste des Kreisjugendamtes nach dem Weggang der Städte Bad Honnef, Königswinter und Rheinbach im Einzelnen von den selbstständigen Jugendämtern abgerufen würden. Die Verwaltung sagte dies zu.

Abg. Hauser sprach sich dafür aus, dass, wenn wie vorgetragen in Rheinbach die bisher erreichte Qualität und Quantität in der Erziehungsberatung beibehalten werden sollten, auch die Nachbesetzung der Psychologenstellen erfolgen müsse. Dies sollte der Jugendhilfeausschuss als Fachausschuss vom Landrat einfordern.

Abg. Dr. Lamberty betonte, dass in der Sache politischer Konsens bestehe. Auf seine Frage nach Auswirkungen des KiBiz auf die Entscheidung des Landrates zur Neugestaltung des Amtes 57 sagte **Ltd. KVD Allroggen**, das KiBiz enthalte einen Artikel 2, der den Schwellenwert festlegen werde, ab welcher Größenordnung Städte ein eigenes Jugendamt einrichten könnten und damit als Aufgabe der Jugendhilfe auch eine eigene Erziehungsberatung gründen könnten.

Auf weitere Frage des **Abg. Dr. Lamberty** zur Personalausstattung erklärte **Ltd. KVD Allroggen**, Psychologen gebe es ausschließlich im Amt 57, anderes Fachpersonal wie z.B. Sozialpädagogen hingegen auch in anderen Ämtern, z.B. im Jugendamt. Zurzeit überlege man, aus dem Personalüberhang an Sozialpädagogen Mitarbeiter im Jugendhilfezentrum für Eitorf und Windeck wegen der bekannten schwierigen Situation an der Oberen Sieg einzusetzen. Dies geschehe auf jeden Fall nur mit Einverständnis der betroffenen Mitarbeiter.

Ergänzend berichtete **Ltd. KVD Allroggen**, wie bereits zur letzten Sitzung, dass mit dem vorhandenen Personal kein Einsatz in den Familienzentren möglich sei. Die Familienzentren müssten jedoch gemäß ihrer Zertifizierung eine Erziehungsberatung installieren, und es hätten sich mehrere Familienzentren um Unterstützung an die Erziehungsberatung des Kreises gewandt. Daraufhin habe er Vertreter der 16 Familienzentren aus dem Bereich des Kreisjugendamtes und von weiteren neun Familienzentren aus den Vertragsstädten zu einer Gesprächsrunde eingeladen. Bis auf zwei Familienzentren, die zurzeit noch in einem internen Abstimmungsprozess seien, wünschten alle, konkret mit dem Kreis über die Erbringung der Erziehungsberatung in den Familienzentren zu verhandeln. Er habe allen gesagt, mit dem derzeitigen Personal könne er dies nicht leisten; außerdem müsse über die Finanzierung verhandelt werden. Alle hätten bekundet, sie seien an einer langfristigen Vereinbarung mit dem Kreis interessiert.

Auf eindringlichen Wunsch der **Abg. Deussen-Dopstadt** fasste der Ausschuss folgenden Beschluss: